

alle Bischöfe der Kirche segnen, stärken und beschützen wolle.“ Unter Ertheilung des h. Segens dankte hierauf der Bischof in einer Ansprache, in der er von Neuem von seiner apostolischen Festigkeit ein herrliches Zeugniß ablegte.“

— In ihrem Leitartikel, überschrieben „Abschied vom Herrenhause“, sagt die „Kreuztg.“ heute:

Der Weg des Bairschubs ist beschritten, dessen Ende nicht abzusehen ist. Die Unabhängigkeit des Herrenhauses muß auf diesem Wege zu Grunde gehen, und es wird deshalb Zeit sein, vom Herrenhause als einer festen Stütze des Staates Abschied zu nehmen. Es wird diese Körperschaft nicht mehr mit Erfolg jenen Angriffen des sogenannten Zeitgeistes entgegen zu treten vermögen, deren letzte Spitze gegen das Wesen und den Bestand des deutschen Königthums gerichtet ist. Im weiteren Verfolge dieses Weges wird fortan jede mit dem Abgeordnetenhause vereinbarte Regierungsmaßregel schon als Gesetz anzusehen sein. Denn das Herrenhaus kann keinen Widerstand mehr leisten. Wir sind zwar der festen Ueberzeugung, daß dieser Schritt unseres Ministeriums wie kein anderer zuvor Klarheit in die Situation bringt und mit der Klarheit Muth und Zuversicht für die conservative Sache. Die conservative Partei muß ihrer ganzen Natur nach erst auf eine gewaltsame Weise in Allem, wofür sie eingestanden ist, angegriffen werden, sie muß erst die Verfassung des Landes durch die Consequenzen des ministeriellen Vorgehens in Frage gestellt sehen, wie wir das ja schon früher einmal erlebt haben, ehe sie sich vollständig und mit ganzer Kraft erhebt. Und diesen glücklichen Erfolg der weiter und weiter gewedten conservativen Widerstandsfähigkeit erwarten wir mit voller Bestimmtheit von der augenblicklichen Wendung der Dinge, erwarten ihn speciell von der der conservativen Seite des Herrenhauses aufgezwungenen Stellung. Mag dieselbe noch in der Majorität oder in der Minorität sein, auf jeden Fall wird sie fortan mit der ganzen Freiheit und Entschiedenheit der geklärten Situation auftreten: Mit Gott für König und Vaterland! Aber von einem unabhängigen Herrenhause als solchem müssen wir, da der verhängnißvolle Weg beschritten ist, Abschied nehmen. Das Herrenhaus führt den Kampf eines guten Gewissens, es führt ihn für eine große Reform und zur Abwehr eines vollständigen Umsturzes des alten preussischen Rechtes. Wenn in diesem Kampfe der verfassungsmäßige Bestand der drei gesetzgebenden Gewalten zu Grunde geht, wenn nach Beseitigung eines selbstständigen Herrenhauses die constitutionelle Macht in die Hand des Abgeordnetenhauses gelegt und damit das demokratische Princip zum Siege geführt wird, welches vorläufig alle aristokratischen und ständischen Elemente zerstören muß, um dann auch mit der entwurzelten Krone fertig zu werden, — dann wird die Geschichte einst sagen: das war das Werk des conservativen Ministers Grafen zu Eulenburg.

— m [Vom Landtage.] Die erste Berathung über den Staatshaushaltsetat des Jahres 1873 begann heute im Hause der Abgeordneten mit einer Rede des Abg. Richter (Hagen). Seine Gegnerschaft ließ sich ungefähr aus folgenden Fragen und Wünschen erkennen: Wie viel hat Preußen noch aus der französischen Kriegsschädigung zu erwarten? Warum ist die zu erwartende Eisenbahnvorlage nicht mit dem Etat zusammen vorgelegt worden? Warum sind von dem früheren preussischen Staatsschatz 11 Millionen bei der Seehandlung ohne Zustimmung der Landesvertretung deponirt? Wünschenswerth sei es, daß die Kriegsschädigung auch zwischen den einzelnen norddeutschen Staaten nach demselben Princip vertheilt werde, wie zwischen Nord- und Süddeutschland; ferner müsse mittelst der Kriegsschädigungsgelder die Staatspapiergeldfrage, die Lotteriefrage und die Kriegsleistungsfrage gelöst werden; die Kriegsleistungen müssen ganz aus jenen Geldern ersetzt werden. Betreffs der einzelnen Etats vermehrte er auch jetzt noch im Etat des Cultusministeriums die nöthige Uebersicht und Klarheit; im Etat des Ministeriums des Innern seien die Punkte, die bisher dunkel gewesen, dunkel geblieben: die Etats für Polizeiverwaltung seien diesmal nicht einmal specialisirt. Der Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums sei wie Kraut und Rüben zusammengestellt; da sei es doch bedenklich, noch fernerhin einem solchen Minister 12,000 Thlr. Gehalt zu bewilligen. Redner wunderte sich ferner, daß die österreichischen und preussischen Geheimräthe immer noch nicht den Stein der Weisen in der socialen Frage gefunden hätten und empfahl dem Handelsminister zur Lösung derselben das Studium der Verhältnisse der Eisenbahnbeamten, für die er Gehaltsaufbesserung verlangte. Die in dem Steuergesetz des Finanzministers projectirte Steuerreform bedeute nichts Anderes, als eine Erhöhung der Steuern. Abschaffung einzelner Zölle und Stempel und Ermäßigung einzelner Steuern sei trotz der Vermehrung des Staatsvermögens von 13½ Millionen noch immer nicht in Angriff genommen. Alle diese Steuern sollen, wie es in den Motiven heiße, für die Matricularbeiträge erforderlich sein, d. h. eben für das Militair. — Abg. Richter spendete auf Grund der steigenden Mehreinnahmen der Finanzverwaltung gebührendes Lob; doch hielt er es zur Zeit für nicht angemessen, daß 7½ Millionen zu einer außerordentlichen Schuldentilgung verwendet werden; zu einer theilweisen Entlastung von Steuern wären sie besser zu gebrauchen. Das Steuergesetz des Finanzministers könne eine gute Grundlage zur

Verständigung sein zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus; doch seien wesentliche Punkte darin enthalten, gegen die er große Bedenken habe. — Abg. Casler meinte, wichtige Grundsätze des Etats seien nicht zum richtigen Ausdruck gekommen, daher eine Prüfung in der Budgetcommission unvermeidlich, um einzelne Schäden zu repariren. So schlug er Regulirung der Einnahmen aus gewissen Steuern und aus dem Chauffeebau vor, letztere müßten ganz in Wegfall kommen, ebenso die Einnahmen aus der Zeitungsteuer. In den Ausgaben müsse für den Elementarunterricht mehr angewiesen werden. Redner wies auf die gegenwärtigen Verhältnisse hin, und erklärte eine Mehrausgabe für den Unterricht für viel dringender als alle Schuldentilgung. — Finanzminister Camphausen: Wenn Herr Richter die preussischen Finanzen als „in der Wurzel vergiftet“ bezeichne, so könne wohl jeder Staat glücklich sein, dessen Finanzen so vergiftet wären, wie die preussischen. Die Staatsregierung wünsche eine eingehende Prüfung und werde eine Verständigung versuchen, damit nun wirklich bald die gehoffte Steuererleichterung eintreten kann. Es sei nicht zu bestreiten, daß man die Frage aufwerfen könne, ob man Steuern ermäßigen, oder aber Institute aus der Welt schaffen will, welche großen Anstand finden, und von diesem Standpunkte aus könnte man die Frage wegen Aufhebung der Lotterie erwägen. Ein fanatischer Anhänger der Chauffeegeld-Einnahmen sei er auch nicht, allein man könne nicht Alles gleichzeitig machen. Aus der Noth der Ueberschüsse könne man wieder einmal in die Noth der Deficits gerathen. Redner vertheidigt dann die Ansätze bei den einzelnen Etatsgruppen und behält sich die Widerlegung mehrfacher Angriffe für die Berathung in der Budget-Commission vor. In Betreff des Eingangs der Milliarden sei die Lage noch durchaus unverändert, die vom Abg. Richter angelegte Frage empfehle sich bei der Etatsberathung nicht. — Schließlich wird der Antrag des Abg. Richter, den Etat für das Abgeordnetenhaus dem Vorstande des Hauses zur Vorberathung zu überweisen, oder auch die Diätenfrage der Abgeordneten in Erwägung nehmen möge, als unzulässig durch Widerspruch aus dem Hause zurückgewiesen und beschlossen, den gesammten Etat der Budgetcommission zur Vorberathung zu überweisen. — Der Gesetzentwurf über die Cautionen der Staatsbeamten wird der Justizcommission zur Vorberathung überwiesen.

— Dem Hause der Abgeordneten ist heute der Entwurf eines Fischereigesetzes zugegangen.

— Die nationalliberale Partei beabsichtigt einen Antrag in Form eines Gesetzentwurfes, die Strikes betreffend, beim Abgeordnetenhaus einzubringen. Der Gesetzentwurf soll die widerrechtliche ArbeitsEinstellung der Gesellen und Lehrlinge verbieten und auf Antrag des Berechtigten eine sofortige Haft bis zu 14 Tagen eintreten lassen.

Cassel, 1. December. Das hiesige Consistorium hat fünf evangelischen Geistlichen, welche sich zu Wilhelmshöhe an einer Demonstration zu Gunsten des Kurfürsten (Festmahl an seinem Geburtstag u. s. w.) betheilig haben, einen Verweis ertheilt.

Aus Gotha kommt die Mittheilung, daß der dortige Landtag, der eben neu gewählt worden ist, der Majorität nach aus Landwirthen bestehen wird. Bevor die Wahlen stattfanden, war auf einer Schultheißenversammlung eine Verabredung dahin erzielt worden, keinen Beamten und Advocaten zu wählen.

Österreich.

Wien, 2. Dec. Nach der „Montags-Revue“ haben die Erhebungen des Sequesters der Czernowitzer Bahn zur Auffindung eines sog. Gesellschaftscontos geführt, welches abseits von regelmäßigen Geschäftsbüchern geführt worden. Die Entstehung sowie Verwendung gebe zu ernstern Bedenken Anlaß, werde vielleicht zu wichtiger Wendung führen. Die Regierung werde rückhaltlos vorgehen.

Frankreich.

Paris, 1. Decbr. Der „Köln. Ztg.“ wird gemeldet: „Das gesammte Ministerium hat in dem Ministerrathe, der gestern Abend stattfand, seine Entlassung eingereicht; der Präsident hat aber das Gesuch nicht angenommen. Es scheint, daß er sich auf die Ersetzung Lefranc's, des Ministers des Innern, beschränken will. Zur Geschichte der gestrigen Abstimmung über die Gemeinderaths-Adressen ist zu bemerken, daß die Niederlage, welche die Regierung erlitt, hauptsächlich dem Auftreten eines Theiles des linken Centrum's zuzuschreiben ist. Bei der Abstimmung enthielten sich im Ganzen 74 Deputirte;